



Antragsteller:
DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Havelland

Datum: 7. April 2015

öffentlich nichtöffentlich

Beratungsfolge	Empfehlung/Entscheidung			Sitzungstermin
	Annahme	Ablehnung	Verweis in:	
Kreistag				20.04.2015

Betreff: Transparenz bei Freihandelsabkommen TTIP und CETA – Kommunale Daseinsvorsorge schützen

Der Kreistag möge beschließen:

Das derzeit von der EU-Kommission hinter verschlossenen Türen mit den USA verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) werden nach dem bisherigen Kenntnisstand negative Konsequenzen u.a. für die öffentliche Auftragsvergabe und die kommunale Daseinsvorsorge (Energieversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung usw.), den Umweltschutz und die Sozialstandards im Landkreis Havelland sowie die Tarife und Arbeitsbedingungen in den kommunalen Gesellschaften und Eigenbetrieben des Landkreises Havelland haben.

CETA und TTIP bedrohen aber nicht nur Standards im Verbraucher- oder Umweltschutz, sondern auch die demokratischen Standards selbst. Ganz grundsätzlich zielen die Abkommen CETA und TTIP darauf ab, durch Investitionsschutzbestimmungen die Entscheidungsfreiheit demokratisch gewählter Parlamente einzuschränken. Durch nicht öffentlich tagende, nicht demokratisch legitimierte Schiedsgerichte könnten Konzerne nach CETA und TTIP Staaten der EU auf Milliardenzahlungen wegen entgangener Gewinne verklagen. Aber nicht nur das: Wenn nationale oder europäische Gesetze und Verordnungen mit dem Abkommen nicht übereinstimmen, würden sie ihre Investitionsvorhaben auch dann durchsetzen können, wenn sie gegen bestehendes nationales Recht, nationale Umweltstandards, nationale öffentliche Daseinsvorsorge verstoßen. Rechtsmittel auf dem ordentlichen Rechtsweg würden nicht zulässig sein.

Der Kreistag Havelland fordert deshalb mehr Transparenz bei den Verhandlungen um das TTIP und CETA und lehnt eine wie im TTIP und CETA angedachte Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab.

Der Kreistag Havelland fordert den Städte- und Gemeindebund sowie den Landkreistag e.V. Brandenburg auf, sich für mehr Transparenz beim Verfahren um das TTIP einzusetzen, sich gegen eine weitere Liberalisierung der kommunalen Daseinsvorsorge durch das TTIP und das CETA bei der Bundesregierung und der Europäischen Kommission stark zu machen und die Möglichkeit einer Art Kommunalbeirat für das Verfahren um TTIP und CETA vorzuschlagen.

Begründung:

Obwohl geheim über das TTIP sowie das CETA verhandelt wird, kursiert ein Dokument, in dem Art und Umfang dieser umfassenden Handels- und Investitionsabkommen festgehalten sind. Daraus geht hervor, dass auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, wie etwa das öffentliche Auftragswesen oder Dienstleistungen der Daseinsvorsorge von den Abkommens-Regelungen (negativ) betroffen sein sollen. Dies hat zu bereits heftigen Reaktionen, zu Protesten und intensiven Diskussionen in Parlamenten, Parteien, Vereinen und Verbänden geführt.

Die Fraktionen im Kreistag Havelland sind nach umfassender Information und Debatte in den Fachausschüssen beunruhigt vor allem über die Intransparenz des Verhandlungsprozesses und die bisher gekannt gewordenen Regelungen, die öffentliche Daseinsvorsorge betreffend.


Andrea Johlige
Fraktionsvorsitzende